

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land),
Katherina Reiche, Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4759 –**

Beteiligung Deutschlands an internationaler Nuklear- und Fusionsforschung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bedeutung der Kerntechnik nimmt weltweit zu. Während die Bundesregierung in Deutschland die Laufzeit aller Kernkraftwerke vertraglich fixiert hat, werden in anderen Ländern rund um den Globus die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängert und weltweit neue Kernkraftwerke zur sicheren Gewinnung von umweltfreundlichem und kostengünstigem Strom erstellt.

Die weitere Entwicklung der Kernfusion in internationaler Kooperation eröffnet die Perspektive auf eine verfügbare, versorgungssichere und umweltverträgliche Energiequelle. Diese Option könnte einen erheblichen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs der Menschheit leisten. Deutschland verfügt mit dem IPP Max-Planck-Institut für Plasmaphysik über einen globalen Player der Fusionsforschung, der in Kooperation mit dem Forschungszentrum Karlsruhe und dem Forschungszentrum Jülich diese Forschung vorantreibt.

Mit der Transmutation, der Umwandlung der langlebigen und gefährlichen radioaktiven Abfallstoffe in Stoffe, die nach wenigen hundert Jahren nicht mehr stärker strahlen als ihre natürliche Umgebung, kann nicht nur ein Beitrag zur sicheren und schadlosen Entsorgung radioaktiven Abfalls geleistet werden. Die damit verbundene Erzeugung von hochwertigem Strom in entsprechenden Kraftwerken kann dazu beitragen, im Sinne einer Kreislaufwirtschaft bislang ungenutzte, wertvolle Ressourcen für die Energieversorgung von morgen zu erschließen.

Die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit zur Nutzung der weltweit vorhandenen Wissensquellen und zur Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die technologische Leistungsfähigkeit ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland. Sie zeigt sich in neuen Produkten und Verfahren, mit denen sich die Unternehmen auf internationalen Märkten behaupten. Voraussetzungen dafür sind der Erfindungsreichtum in den Unternehmen, eine leistungsfähige Forschungslandschaft sowie hoch qualifizierte Fachkräfte. Entscheidend für den Wissenschafts- und

Innovationsstandort Deutschland ist es, mit den besten Partnern weltweit zu kooperieren und aktiver Teil internationaler Kompetenznetzwerke zu sein.

Mit der internationalen Zusammenarbeit in der Kernforschung nimmt Deutschland zugleich Verantwortung bei der Lösung globaler Probleme wahr und leistet einen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Kooperationspartner. Politisch ist die internationale Kooperation in der Kernforschung gelebte Partnerschaft. Persönliche Begegnung und Zusammenarbeit schaffen wechselseitige Kenntnis und Vertrauen. Es gilt daher, insbesondere auch in den verschiedenen Disziplinen der Kernforschung das internationale Niveau in Deutschland zu halten, neue Verfahren selbständig zu erforschen, bei internationalen Projekten einen angemessenen Anteil zu gewährleisten und die Forschungsbedingungen in diesen zukunftssträchtigen Bereichen der Energieforschung so zu gestalten, dass Spitzenforschung in Deutschland gesichert ist. Kontraproduktiv ist der partielle Ausschluss der Kernenergie aus der Forschungsförderung. Eine Reduktion der Forschung auf Sicherheitsforschung an bestehenden Kraftwerkskonzepten kann Nachwuchsforscher nicht für diesen Forschungsbereich interessieren und ist nicht mit dem Anspruch der Spitzenforschung in Deutschland verträglich.

Alle technologischen Optionen in den Bereichen der Gewinnung von Energierohstoffen, der Energieerzeugung, der Energiespeicherung und des Energietransportes sowie des Energieverbrauches und der Entsorgung von Rückständen sind offen zu halten, da heute die relativen Vor- und Nachteile der Technologien in der Zukunft weder der Politik noch der Wirtschaft bekannt sein können.

1. Welche internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen, die sich mit der Sicherheit kerntechnischer Anlagen befassen, gibt es (bitte benennen im Rahmen einer tabellarischen Aufstellung), und in welchem Umfang (bitte Angabe der Anzahl deutscher Teilnehmer unterschieden nach aus öffentlichen Mitteln teilweise oder vollständig finanzierten Wissenschaftlern und nach Vertretern aus Bundesbehörden) hat die Bundesrepublik Deutschland ordentlich und regelmäßig an der Arbeit dieser jeweiligen internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 teilgenommen?
2. Welche internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen, die sich mit der Entsorgung nuklearer Abfälle befassen, gibt es (bitte benennen im Rahmen einer tabellarischen Aufstellung), und in welchem Umfang (bitte Angabe der Anzahl deutscher Teilnehmer unterschieden nach aus öffentlichen Mitteln teilweise oder vollständig finanzierten Wissenschaftlern und nach Vertretern aus Bundesbehörden) hat die Bundesrepublik Deutschland ordentlich und regelmäßig an der Arbeit dieser jeweiligen internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 teilgenommen?
3. Welche internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen, die sich mit der technologischen Weiterentwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie befassen, gibt es (bitte benennen im Rahmen einer tabellarischen Aufstellung), und in welchem Umfang (bitte Angabe der Anzahl deutscher Teilnehmer unterschieden nach aus öffentlichen Mitteln teilweise oder vollständig finanzierten Wissenschaftlern und nach Vertretern aus Bundesbehörden) hat die Bundesrepublik Deutschland ordentlich und regelmäßig an der Arbeit dieser jeweiligen internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 teilgenommen?
4. Welche internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen, die sich mit der Technologie der Kernfusion befassen, gibt es (bitte benennen im Rahmen einer tabellarischen Aufstellung), und in welchem Umfang (bitte Angabe der Anzahl deutscher Teilnehmer unterschieden nach aus

öffentlichen Mitteln teilweise oder vollständig finanzierten Wissenschaftlern und nach Vertretern aus Bundesbehörden) hat die Bundesrepublik Deutschland ordentlich und regelmäßig an der Arbeit dieser jeweiligen internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 teilgenommen?

Mit den Themen Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Entsorgung nuklearer Abfälle, technologische Weiterentwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie sowie der Technologie der Kernfusion befassen sich in erster Linie die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO), die Europäische Union (EURATOM) und die OECD/NEA (Nuclear Energy Agency) sowie in zweiter Linie die OECD/IEA (International Energy Agency). Die genannten Themen werden dort sowohl in den Leitungsgremien, als auch in zahlreichen Ausschüssen, Unterausschüssen und ähnlichen Gremien behandelt. Von den EURATOM-Gremien sind besonders hervorzuheben der Ausschuss für Wissenschaft und Technik (AWT) mit seinen Unterausschüssen für Kernspaltung und Kernfusion.

Die Bundesrepublik Deutschland hat jeweils seit Gründung dieser internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen aktiv mitgewirkt, auch durch Abordnung von Mitarbeitern aus Bundesbehörden. Hieran hat sich auch im Zeitraum 1997 bis 2004 nichts geändert. Die Bundesregierung wird weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Mitwirkung bei diesen internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen wirksam wahrgenommen wird. Statistiken hierüber werden nicht geführt, so dass die Aufstellung von Tabellen nicht möglich ist. Bei der Mitarbeit in diesen internationalen Gremien, Institutionen und Organisationen wird seit 1998 auf die geänderte Energiepolitik der Bundesregierung hingewiesen, die inzwischen international gut bekannt ist.

5. Was unternimmt die Bundesregierung, um personelle Kompetenz im Interesse der Sicherheit zu erhalten und zu entwickeln?

Die Bundesregierung unterstützt sowohl im Rahmen der direkten Projektförderung als auch mittels institutioneller Förderung Forschungsprojekte vor allem im Zusammenhang mit der Sicherheit der laufenden Atomkraftwerke. Damit wird sichergestellt, dass auch künftig kompetente Forschungseinrichtungen zur Bearbeitung sicherheitsrelevanter Fragen zur Verfügung stehen. Dementsprechend hat die Bundesregierung zur besseren Organisation und zwecks Kompetenzerhalt im Forschungsbereich darauf hingewirkt, dass im März 2000 der Kompetenzverbund Kerntechnik gegründet wurde, in dem die wesentlichen deutschen Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, darunter vor allem FZ Karlsruhe, FZ Jülich, FZ Rossendorf, Gesellschaft für Reaktorsicherheit und mit ihnen verbundene Hochschulen. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Fragen 42 bis 46 der Großen Anfrage der Fraktion der FDP „Perspektiven der Kernenergienutzung am Standort Deutschland im Innovationsjahr 2004“ (Bundestagsdrucksache 15/4680) verwiesen.

